

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Verlagspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsverzeichnis.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Herrmann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8900. — Postfachkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltene Kolonnenzeile 5 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Verbandskollegen! Stimmt für die Erhöhung der Streikunterstützung!

Der Kampf beginnt!

Die U.S.P.D. ist gespalten. Die kommunistische Taktik war siegreich. Die Sieger läßt es nicht auf ihren Vorbeeren ruhen, neuer Latendrang regt sich bei ihnen. Die freien deutschen Gewerkschaften sind als nächstes Objekt der Spaltung auszuwählen.

Die herrschende Wirtschaftskrise hat die Gewerkschaften in schwierige Situationen gebracht. Das Unternehmertum geht offen gegen die Arbeiterschaft vor, um die erzwungenen Rechte Stück für Stück zu entreißen. Zur Durchsetzung ihres Willens bedienen sie sich der brutalsten Mittel, ihr Ziel ist, die Arbeiterschaft zu Unbesonnenheiten zu verleiten, um dann unter dem heuchlerischen Schein in der Abwehr zu handeln, den Zusammenhang der Arbeiter zu zerschneiden. Sie wissen genau, daß sie die Arbeiter, losgelöst von den Verbänden, leicht unterkriegen werden. Ausperrungen und Putzsch sind an der Tagesordnung, die brutalsten Maßregelungen erfolgen und die Urheber sind fast in allen Fällen agents provocateurs, die in der Maske des radikalen Arbeiters auftreten. Immer wieder fällt die Arbeiterschaft herein, sie lernt nicht aus diesen Erscheinungen. Die Gewerkschaften haben alle Kräfte anzuspannen, um die Lasten der Krise zu mildern und alle Anschläge der offenen und verkappten Reaktionen abzuwehren. Zu diesen Schwierigkeiten kommt jetzt der Kampf in unseren eigenen Reihen, der von den Anhängern Moskaus organisiert wird. Es ist Pflicht, den beginnenden Treibern unsere Aufmerksamkeit zu widmen.

Moskau ist Trumpf. Die Arbeit in den Organisationen hat nach den Methoden und der Taktik Moskaus zu geschehen. Wie sieht diese Arbeit aus? Schulbeispiel war die U.S.P.D., wir sind also nicht auf die Theorie angewiesen, sondern können nach der Praxis urteilen. Lenin hat in seinem Buch: „Der Rabulismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ das Rezept verraten, wie verfahren werden soll. Er schreibt:

„Man muß es verstehen, wenn es nötig ist, sogar List, Schlaueit, illegale Methoden, Verschweigung der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzubringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.“

Der heiligste Grundsatz des sozialistischen Proletariats war bisher, für Recht und Wahrheit zu kämpfen. Wird der Kampf für die Wahrheit geführt, dann muß er auch mit Wahrheit geführt werden. Bisher haben die Jesuiten diesen Grundsatz abgelehnt, zu ihnen gefellen sich nunmehr die Kommunisten. Vom Verschweigen der Wahrheit bis zur bewußten Lüge ist nur ein Schritt.

Die Kommunisten behaupten, daß sie die Spaltung der Gewerkschaften nicht wollen, sie werden sie nur „erobert“. Übrigens haben sie ja auch dies von der unabhängigen Sozialdemokratie behauptet, in der Praxis kam es dann anders. Wohl geben die Kommunisten zu, wenigstens werden sie von Moskau dazu verpflichtet, vor der Spaltung nicht zurückzutreten, wenn man ihnen die Ausübung der kommunistischen Arbeit in den Organisationen unterbinden sollte. Der Durchführung der Methoden und der Taktik Moskaus in den Gewerkschaften folgt mit eiserner Logik die Spaltung. Wenn ein kommunistischer Agitator die Spaltungsabsichten leugnet, so verschweigt er die Wahrheit. Sehen wir uns das Regime Moskaus etwas näher an. Der § 14 des Statuts der 3. Internationale sagt:

Die auf dem Boden des Kommunismus stehenden, im internationalen Maßstab unter der Leitung der kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Gewerkschaften bilden eine Gewerkschaftsaktion der kommunistischen Internationale. Diese Gewerkschaften delegieren ihre Vertreter zu den Weltkongressen der kommunistischen Internationale durch die kommunistischen Parteien der betreffenden Länder. Die Gewerkschaftsaktion der kommunistischen Internationale entsendet einen Vertreter in das Exekutiv mit beschließender Stimme.

Nach diesen Thesen wird die Gewerkschaft nur ein Anhängel der kommunistischen Partei. Die internationalen zusammengeschlossenen Gewerkschaften bilden wiederum nur eine Sektion der dritten Internationale von ganz untergeordneter Bedeutung. Die Gewerkschaften haben nicht einmal das Recht, ihre Vertreter auf den Weltkongress zu entsenden, sondern das Delegationsrecht wird der kommunistischen Partei übertragen.

In dieser Organisationsfrage ist auch der Schlüssel zu dem mächtigen Lügengebäude über die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu finden. Statt offen und ehrlich zu erklären, diese selbständige internationale Organisationsform der Gewerkschaften, wie sie in Amsterdam vertreten wird, zu verwerfen die Kommunisten, da sie den Gewerkschaften die Selbstbestimmung nehmen wollen und sie nur als Sektion der Partei betrachten, wird ein anderer Weg eingeschlagen, bezeichnen wir ihn frei nach Lenin als den Weg der List. Die Organisationsfrage wird in den Hintergrund geschoben und ein wilder Kampf gegen Personen eröffnet, wissend, daß die Phrase gegen die „verräterischen Führer“ immer noch ihr gläubiges Publikum findet.

In den Richtlinien für die kommunistische Arbeit in den Organisationen wird pompös erklärt, daß die Kommunisten sich nicht scheuten, selbst in reaktionäre Organisationen zu gehen, um darin kommunistische Arbeit zu verrichten. Also, warum nicht in der Gewerkschaftsinternationale geblieben und sie „erobert“, d. h. sie der kommunistischen Weltlösung dienstbar gemacht? Die Kommunisten möchten ein neues Organisationsprinzip schaffen,

sind aber scheinbar von dessen Wirksamkeit selbst nicht überzeugt. Die „Eroberung“ der Amsterdamer Internationale würde Zeit erfordern, manches Wasser würde noch die Nema herabfließen und manche kommunistische Phrase und Illusion würde inzwischen wie Seifenblasen zerplatzt sein. Sie wollen handeln, im Kampf soll das internationale Proletariat alles von Moskau Kommende schlucken. Darum auch das Verschweigen der Wahrheit, daß ihnen die „Eroberung“ der Amsterdamer Internationale zu lange dauern könnte. Es wird der andere Weg gewählt. Mit Verächtlichkeiten und Verleumdungen wird gegen die angeblich „gelben“ Amsterdamer vorgegangen. „Entlarvt“, „gebrandmarkt“, „die Maske heruntergerissen“, „bloßgestellt“ werden die „Schützlinge der Bourgeoisie“, die „Konterrevolutionäre“, „Verräter“, „Helfer des Kapitalismus“, „Reformisten“ und was sonst noch alles der Wortschatz des Moskauer Schimpflegierens aufweist. Amsterdamer muß zer schlagen werden. Die Brandfackel hierzu schleuderte der Russe Sinowjew und Kosowstat das gleiche. Ihre schwülstigen Reden und frivolen Verleumdungen sind in weitesten Kreisen bekannt geworden und haben durch ihre widerliche Aufdringlichkeit den größten Unwillen der deutschen Arbeiterschaft erregt. Die Sympathien, die das deutsche Proletariat für das russische Proletariat hatte, sind dadurch gewaltig erschüttert worden.

Wie sieht es aber nun in den Verbänden der einzelnen Länder aus? Auf den deutschen Gewerkschaftsbund trifft das gleiche wie auf die Internationale zu. Er wird auf Wunsch der Kommunisten nicht „erobert“, sondern kurzerhand zer schlagen. Wir geben zu, daß im Gewerkschaftsbund manches geändert werden muß, ein anderer Geist muß seinen Einzug halten, daran arbeiten wir klar und zielbewußt. Wir lehnen aber die kommunistischen Spaltungsmanöver ganz entschieden ab. Die Einheit und Geschlossenheit, auch des Gewerkschaftsbundes, muß unter allen Umständen gewahrt werden. Das letzte Bollwerk im proletarischen Kampf muß intakt bleiben.

Die einzelnen Verbände werden nun auf Geheiß Moskaus „erobert“. Zur Eroberung werden in den Verbänden kommunistische Zellen gebildet. Die „Eroberung“ wird darin bestehen, die Einrichtungen und den Verwaltungsapparat in die Hände der Kommunisten zu bringen. Gelingt dies, dann wird der rechte genehme Flügel abgetrennt und die Spaltung ist erreicht. Ein Splitter der mächtigen Gewerkschaftsbewegung wird sich der kommunistischen Gewerkschaftsaktion anschließen. Diese rein logische Tatsache suchen die Kommunisten abzuleugnen. Die deutschen Gewerkschaften sehen sich zusammen aus Mitgliedern ohne Unterschied ihrer politischen Anschauung. Glauben die Kommunisten, die Rechtssozialisten und Unabhängigen können sich unter das Diktat der kommunistischen Partei stellen, sie würden die „Masse“, die Statisten für russische Spintifereien abgeben? Ausgeschlossen, daran glauben sie selbst nicht. Sie wünschen nur den Apparat, und damit glauben sie die Masse zu haben. Die deutsche Arbeiterschaft ist keine Hammelherde, die sich mit dem Stall verkaufen läßt. Nach der russischen Dialektik genügt es, wenn ein gut geschulter Worttrupp des Proletariats zum Kampf vorhanden ist, daher auch ihr strubelloses Spalten der Organisationen. In den deutschen Kämpfen, besonders wirtschaftlicher Natur, können wir mit derartigen Anschauungen nichts anfangen, wir brauchen große, geschlossene Massenorganisationen, um unseren Willen durchzusetzen. Die Taktik, die bei der U.S.P.D. geklappt hat, wird bei den Gewerkschaften nicht klappen, darauf können sich die Russen verlassen. Lügen und Verleumdungen werden ein zweites Mal erkannt werden und kein Unheil mehr anrichten können.

Der Kampf beginnt nun um die „Eroberung“ der Gewerkschaften mit aller Macht. Von den führenden Kommunisten ist er schon mit Verächtlichkeiten und Verleumdungen eröffnet worden. Es sei hier nur an die Ausführung Däumig in Berlin erinnert. Er legt eine prinzipiell antigewerkschaftliche Bestimmung an den Tag, die weiter nichts als konfus, unverständlicher Synkretismus ist, als hervorsteckendes Merkmal aber die etelhafteste Phrasologie gegen Personen und Einrichtungen zeigt. Diese Agitatoren werden nicht allzuviel Glück haben. Immerhin werden sie Zulauf aus den Reihen der beitragsreichen Elemente erhalten, die bekanntlich in Zeiten der Krise in stärkerer Masse aufzutreten pflegen. Bundesgenossen werden ihnen aber auch die bezahlten Unternehmerrspizel sein, die jetzt ebenfalls in größerer Zahl zu beobachten sind. In letzter Zeit konnten derartige Elemente, die unter der Maske des radikalen Arbeiters die Geschäfte der Unternehmer besorgen, entlarvt werden. Sie werden beim „Entlarven“ der „konterrevolutionären Führer“ getreulich mithelfen, natürlich zu einem andern Zweck. Sichtlich werden sie aber beide das gleiche tun, nämlich die Gewerkschaften zertrümmern. Den größten Nutzen hiervon werden selbstverständlich die Unternehmer haben.

Schon ist zu beobachten, daß ein Teil des Proletariats sich satt des ewigen Kampfes abwendet und sich für neutral erklärt. Diese Anschauung muß überwunden werden. Wenn das Wohl des Proletariats am Herzen liegt, wer nicht wünscht, daß die Reaktion über das Proletariat triumphiert, der erfülle nach wie vor seine Pflicht. Er trete nicht nutzlos zur Seite, sondern helfe mit, diese Krise in der Organisation durch zielklare, opferfreudige Mitarbeit zu überwinden. Wenn ein jeder Kollege seine Pflicht als Kollege und als Funktionär erfüllt, dann werden die Spaltungsaktionen keinen Nährboden finden und von selbst zugrunde gehen. Die Geschlossenheit der Organisation gewahrt und die Hoffnungen der Reaktionäre zunichte gemacht, das sei unsere Parole. P. H.

Die Neueffektivierung der Eisenpreise Kampftage im Eisenwirtschaftsbund

Am 21. bis 23. Oktober tagten die Arbeitsausschüsse des Eisenwirtschaftsbundes, zur Neuregulierung der Eisenpreise. Der Roh-eisenausschuß tagte am 21. Oktober in Essen, der Inlandsausschuß am 22. und der Außenhandelsausschuß am 23. in Düsseldorf.

Der Eisenwirtschaftsbund ist ein vielumstrittenes Objekt. Die Unternehmer der Schwermetallindustrie hatten den G.W.B. bis in die tiefsten Falten ihrer Seele und haben demselben von Geburt an den schärfsten Kampf angelegt. Sie warten auf die erste beste Gelegenheit, um den lästigen Preisregulierungsfaktor aus der Welt zu schaffen. Die Unternehmer der weiterverarbeitenden Industrie betrachten den G.W.B. mit einem nassen und einem trockenen Auge. Sie begrüßen seine Existenz, weil der G.W.B. die Monopolstellung der Schwerindustrie erschüttert; aber er wird auch für sie unheimlich, wenn er allzu tief in die privatkapitalistische Produktionsweise eingreift und die organisierten Arbeiter in ihm eine allzu große Macht ausüben sollten. Die Vertreter des Handels stimmen in der Beurteilung des G.W.B. mit den Vertretern der Großindustrie überein. Auch sie verurteilen jedes Sinecure in die Festsetzung der Preise, auch sie wünschen den Eisenkonsumenten ungehindert schröpfen zu können, deshalb würden die Vertreter des Handels dem G.W.B. keine Kränze nachweihen, falls er einmal verschwinden sollte. Die Kleinhandwerker und Eisenmetalkonsumenten haben am Bestehen des G.W.B. ein größeres Interesse, da auch für sie ein preisregulierender Faktor von großem Nutzen ist.

Diesem bunten Mosaik von privatkapitalistischen Unternehmern und Handwerkern stehen die Arbeiter und Angestellten als Lohnempfänger gegenüber. Auch die Arbeiter und Angestellten stellen ein buntes Gemisch dar, denn zwischen dem Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und dem Mitglied des Deutschen Nationalen Handlungsgewerkschaftsverbandes besteht ein sehr großer Unterschied. Die sogenannten Arbeitnehmervertreter sind geschieden in Handels-, Verbraucher- und Erzeugerarbeitnehmer. Die Augen Gesetgeber glauben diese Unterteilung vornehmen zu müssen, um die Interessen der einzelnen Industriezweige zu wahren. Natürlich ist dies eine Ideologie, denn zwischen den Unternehmern der Schwermetallindustrie und ihren Arbeitern gibt es ebensowenig eine Harmonie oder gemeinsames Interesse, wie zwischen den Unternehmern und Arbeitern der anderen Industriezweige der Eisenindustrie. Der Arbeiter und Angestellte ist nicht Verbraucher-, Erzeuger- oder Handelsarbeitnehmer, sondern Lohn- oder Gehaltsempfänger der Eisenindustrie. Preisabbau muß die Parole sein, damit der Reallohn gesteigert und die Lage der arbeitenden Klasse gehoben werden kann. Mit den Urprodukten muß beim Preisabbau begonnen werden. Neben den Erzeugnissen der Landwirtschaft sind die Preise für Kohle und Eisen die Standardziffern des gesamten volkswirtschaftlichen Lebens. Im G.W.B. erwidern die Vertreter der Arbeiter die Aufgabe, für Herabsetzung der Preise zu sorgen, damit endlich einmal auf diesem für die Volkswirtschaft so äußerst wichtigen Gebiete mit einem allgemeinen und tief einschneidenden Preisabbau begonnen und die Profiteure der Unternehmer, namentlich der der eigenzeugenden Industrie beschritten werden kann. Das sind die Arbeiter der Volksschuld und deshalb müßten sie auch einmütig zustimmen, wollen sie sich nicht der Gefahr aussetzen, als feile Knechte ihrer sogenannten Brotgeber zu gelten.

In den letzten Sitzungen des Inlands- und Außenhandelsausschusses ist im großen und ganzen eine Einmütigkeit der Arbeiter und Angestellten erzielt worden. Zum ersten Male treten sie als geschlossene Fraktion den Unternehmern gegenüber. Wohl gab es noch einige schwankende Gestalten, aber es sieht zu hoffen, daß auch sie nächstens mit etwas festem Rückgrat erscheinen. Ist dies der Fall, dann ist dies Parlament der Eisenindustrie ein Faktor, der allerdings nicht die Sozialisierung der Eisenindustrie, wohl aber eine empfindliche Beschneidung der Ausbeutungsgelüste der Großindustrie bringen kann.

Den Unternehmern war die gemeinsame Stellungnahme der Arbeiter und Angestellten sehr unangenehm. Deshalb gab am Schluß der Sitzung des Außenhandelsausschusses ein Unternehmervertreter der Schwermetallindustrie eine Erklärung ab, wonach sie gegen die Beschlüsse den schärfsten Protest einlegten. Ein Generaldirektor eines großen Werkes bemerkte resigniert: „Wir sind, wie sich die Dinge entwickeln haben, machtlos aber uns ergeben lassen.“ In Nr. 780 der Rheinisch-Westfälischen Zeitung wird in einem Artikel: „Theorie und Praxis im Eisenwirtschaftsbund“ über die Diktatur der Arbeitnehmer gejamert. Es heißt da unter anderem:

„Diesmal haben nun die Arbeitnehmer ihr Diktat nach Anweisungen des Reichswirtschaftsministeriums ausgeübt und dieses hat durch die Senkung der Eisenpreise und der Händlerzuschläge einen Erfolg errungen, zu dem man es im Interesse der deutschen Volkswirtschaft beglückwünschen kann. Die Notenpresse wird gesenkt und der Markt auf dem Gebiete des Eisenbaues belebt werden, vorausgesetzt, daß die stark reduzierten Preise noch auskömmlich sind und nicht eine Verminderung der Produktion durch Ausschaltung fremder Erzeugnisse notwendig machen. Es steht aber nicht im Wege, daß die Arbeitnehmer das nächste Mal das Heft allein in die Hand nehmen und nach ihrem Willen regieren.“

„Sogar haben wir den Eisenwirtschaftsbund, der kein Wirtschaftsbund ist, sondern ein Parlament, in dem die Gesichtspunkte des Klassenkampfes ausschlaggebend sind.“

Hier bestätigt sich das Wort Bebel's, daß eine Sache um so besser steht, je mehr sie von den Gegnern bekämpft wird. Sicher messen wir dem G.W.B. keine übermäßige Bedeutung bei, aber eine nicht zu rechtfertigende Unterlassung würde wir begeben, wenn wir durch energisches Zugreifen nicht mitwirken wollten, den Schlotbaronen den Gewinn zu verkleinern, um unseren arbeitslosen Kollegen der fertig verarbeitenden Industrie zu Lohn und Brot zu verhelfen. Der Gehörung unserer Vertreter ist es zu verdanken, wenn in den letzten Sitzungen ein derartiges Resultat erzielt werden konnte. Rundumsicht der Arbeiter und Angestellten war in der Hauptsache der Kollege

Schließt vom Hauptvorstand. Die bis zum 28. Februar 1921 geltenden Eisenpreise sind aus der Tabelle ersichtlich. Die in Klammern gesetzten Zahlen bezeichnen die vom 1. Mai 1920 ab geltenden, die mittleren die zuletzt in Kraft befindlichen und die letzte Zahlenreihe die neuen Preise.

Table with 3 columns: Item name (e.g., Rohblöcke, Stabblöcke), Price 1920, and Price 1921. Items include various types of iron and steel products.

Die Verminderung der Preise ist also teilweise sehr erheblich. Außerdem wurde der Händlerzuschlag von 21 und 25 auf 17 Prozent herabgesetzt, was eine weitere Verbilligung der Preise bedeutet. Die Verminderung der Eisenpreise in dieser Höhe wird sich zweifellos in der Volkswirtschaft in erheblichem Maße machen.

Die Unternehmer der Schwerindustrie und einige Großhändler verlassen den Kampfplatz mit dem bitteren Bewußtsein, durch das tatsächliche Vorgehen der Arbeiter um viele Millionen geschädigt zu sein. Unser herzlichstes Beileid.

Die Wirtschaftslage Mitte Oktober 1920

Die Wirtschaftskrise nimmt ihren Fortgang. Sie hat sich in den letzten Wochen auch auf Amerika ausgedehnt. Aber die Wirtschaftslage in Amerika wird berichtet, daß dort ein allgemeiner Stillstand im Abzug eingetreten ist, weil die Käufer zurückhalten. So wird der 'Neuen Züricher Zeitung' geschrieben, daß in Amerika eine ziemlich starke Preisbaisse eingetreten sei.

Die Lage in England wird stark von dem Niesenstreik der Bergarbeiter beeinflusst. Die Geschichte dieses Streiks ist kurz folgende: Die Bergarbeiter verlangten eine Erhöhung des Lohnes um 2 Schilling und Herabsetzung des Kohlenpreises. Später ließen sie die Forderung der Herabsetzung des Kohlenpreises fallen. Die Unternehmer und die Regierung stellten als Gegenforderung die Erhöhung der Produktion, was von den Arbeitern abgelehnt worden ist mit der Erklärung, daß die Produktion an und für sich sinkt.

Im Grunde genommen wäre es für die Unternehmer wünschenswert, eine gewisse Unterbrechung in der Produktion einzutreten zu lassen, da die Geschäftslage auch in England keine günstige ist. So meldete kürzlich der Bericht der Amerikaner Bank Credit-Recherch, daß neue Bestellungen für die Stahlindustrie aus dem Ausland nicht mehr eintreffen und daß schon aus diesem Grunde bedeutende Arbeiterentlassungen statgefunden hätten.

Wichtigste Wert ist insbesondere, was der erwähnte Bericht über die Konjunkturbewegung in der Baumwollindustrie Großbritanniens mitteilt. Während bis vor kurzem diese wichtige englische Industrie fast gänzlich von altbetrieblenen Privatfirmen betrieben wurde, hat kürzlich eine große Konjunkturbewegung trübselige Gesichter aufsetzen lassen. Bei der Kapitalerhöhung wurden zahlreiche Unternehmungen in einzelnen Ländern vereinigt.

Dieser Klagen über die Wirtschaftslage Englands steht die Tatsache gegenüber, daß die Eisen- und Stahlpreise seit Ende August bis Anfang Oktober außerordentlich in die Höhe gegangen sind. So zahlte man nach dem 'Economist' Ende August 225 Schilling pro Tonne Clevelandroheisen und am 7. Oktober ebenfalls 225, hingegen ist der Preis für Stahlzeugnisse, beispielsweise für Stahlschienen zwischen von 23 auf 25 Pfund pro Tonne gestiegen.

Was die Lage in Deutschland betrifft, so ist zunächst festzustellen, daß der Notenumlauf weiter gestiegen ist und daß der Kurs immer weiter sinkt. So zahlte man für 100 holländische Gulden am 22. September 1858,10 A und am 22. Oktober 160,30 A, für einen Dollar zahlte man 58,81/2 bzw. 70,33 A. Das Sinken der Kurse hat zunächst einen starken Eindruck auf den Börsenverkehr gemacht.

Der Börsenverkehr hat wiederum einen solchen Umfang angenommen wie im Frühjahr dieses Jahres. Die Gängigkeit der Börsenaufträge war derartig stark, daß sich ihre ordnungsmäßige Ausführung nur mit der allergnädigsten Anstrengung ermöglichen ließ. Und diese Börsenhäufung trotz der angekündigten scharfen finanziellen Maßnahmen.

Die Lage in der Industrie wird durch größeren Mangel an Kohlen charakterisiert. Andererseits ist der Absatz im Inlande ebenfalls ins Stoden geraten. Auch das Ausfuhrgeschäft hat stark nachgelassen, obgleich man infolge des sinkenden Kurses doch eine Belebung der Ausfuhr hätte erwarten können. Nach einigen Eisenartikeln bestand immerhin lebhaft Nachfrage. So konnte man bei Stabeisen sogar Höchstpreise erzielen und die Lieferung von Grobblechen blieb hinter den Bestellungen zurück.

Im Gegensatz zu der Lage in den anderen Industriezweigen, wird eine ziemlich lebhafte Nachfrage nach Erzeugnissen in der Textilindustrie gemeldet. Die Folge davon ist eine bedeutende Preissteigerung auf dem Markt der Fertigfabrikate in der Textilindustrie. Während die Preise für Eisen nun ermäßigt werden, die Baumwollpreise im Sinken begriffen sind, steigen die Preise für Getreide und Textilzeugnisse an. Der Eisenwarenspreisschub hat am 22. Oktober den Stabeisenpreis von 2840 auf 2440 A ermäßigt und für die anderen Erzeugnisse, zum Beispiel Fein- und mittleren Nieten, ebenfalls einen größeren Abzug gemacht, zuerst 160 bis 200 A pro Tonne und dann 14 Prozent. Der Baumwollpreis, der in Amerika sehr stark gefallen ist, ist in Deutschland infolge der sinkenden Wäلتا wenig verringert worden.

Kürzlich hielt der auf dem Kopenhagener Kongress gewählte engere Vorstand (Exekutivkomitee) in Bern eine Sitzung ab. Neben den in Kopenhagen gewählten Kollegen Sig. Bundessekretär (Schweiz), Dittmann (Deutschland), Kerckheim (Frankreich) und Hansen (Dänemark) war auch ein Vertreter der englischen Kollegen erschienen, und zwar der Vorsitzende der Vereinigten Gewerkschaften (Masonbauer usw.), Kollege Brownlie. Die zweitägige Aussprache war eine durchaus kameradschaftliche und wird sicher mit dazu beigetragen haben, die näheren Beziehungen mit unseren englischen Kollegen nicht nur aufzumehmen, sondern auch enger und fester zu gestalten.

Vom Internationalen Metallarbeiter-Bund

Kürzlich hielt der auf dem Kopenhagener Kongress gewählte engere Vorstand (Exekutivkomitee) in Bern eine Sitzung ab. Neben den in Kopenhagen gewählten Kollegen Sig. Bundessekretär (Schweiz), Dittmann (Deutschland), Kerckheim (Frankreich) und Hansen (Dänemark) war auch ein Vertreter der englischen Kollegen erschienen, und zwar der Vorsitzende der Vereinigten Gewerkschaften (Masonbauer usw.), Kollege Brownlie. Die zweitägige Aussprache war eine durchaus kameradschaftliche und wird sicher mit dazu beigetragen haben, die näheren Beziehungen mit unseren englischen Kollegen nicht nur aufzumehmen, sondern auch enger und fester zu gestalten.

Wichtig ist, wie die Beitragszahlung an den Internationalen Metallarbeiterbund in Zukunft geregelt werden soll. Der Beitrag betrug letzter pro 1000 Mitglieder und Jahr 15 A und wurde von den einzelnen Ländern einfach 15 Franken, Kronen, Lire oder Schilling entrichtet. Nun ist durch den Weltkrieg und seine Folgewirkungen eine solche Veranschlagung der Wäلتa eingetreten, daß an diesem Zahlungsmodus nicht länger festgehalten werden kann.

Die Kollegen von Ungarn und Finnland haben sich wegen Unterstützung an den I.M.A. gewandt. Diese Unterstützungsgefuche, die der Bundesvorstand empfiehlt, wurden den einzelnen Landesorganisationen unterbreitet. Die Arbeiterklasse Ungarns leidet furchtbar unter den Verfolgungen und Brutalitäten der Reaktion. Die Gefängnisse sind überfüllt, Massen zu unterjochen, dazu die brüderliche Hilfe bedürfen, hängt die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts für den Internationalen Metallarbeiterbund auf engste zusammen.

Mit einer zukünftigen einheitlichen Regelung zur tatkräftigen und schnellen Unterstützung von Kämpfen, die der internationalen Hilfe bedürfen, hängt die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts für den Internationalen Metallarbeiterbund auf engste zusammen. Nach eingehender Besprechung beschloß der engere Vorstand des I.M.A., in der zweiten Novemberhälfte anfänglich des in London stattfindenden internationalen Gewerkschaftskongresses dort zu einer besonderen Besprechung mit den Vertretern der 15 englischen Metallarbeiterorganisationen, die dem I.M.A. angehören, zusammenzukommen. Die Mitglieder des engeren Vorstandes sind von den vereinigten Gewerkschaftsverbänden der einzelnen Länder zum internationalen Gewerkschaftskongress delegiert und so in der Lage, die Gelegenheit benutzen zu können, mit unseren englischen Kameraden persönliche Fühlung zu nehmen.

Die Kollegen von Ungarn und Finnland haben sich wegen Unterstützung an den I.M.A. gewandt. Diese Unterstützungsgefuche, die der Bundesvorstand empfiehlt, wurden den einzelnen Landesorganisationen unterbreitet. Die Arbeiterklasse Ungarns leidet furchtbar unter den Verfolgungen und Brutalitäten der Reaktion. Die Gefängnisse sind überfüllt, Massen zu unterjochen, dazu die brüderliche Hilfe bedürfen, hängt die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts für den Internationalen Metallarbeiterbund auf engste zusammen.

Zechenpreise

Von Dr. R. Kuchynski, Berlin-Schöneberg.

Die 'Industrie- und Handelszeitung' gilt bei vielen Lesern als unparteiisch, weil in ihrem Kopf die Worte prangen: 'Das Blatt steht in Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium, dem Reichswirtschaftsministerium, dem Auswärtigen Amt und anderen Reichsämtern.' Tatsächlich gehört das Blatt wie die im gleichen Verlage erscheinende 'Deutsche Allgemeine Zeitung' Herrn Sinnes und vertritt dessen sekundäre Interessen auf Kosten der Allgemeinheit.

Charakteristisch hierfür ist der Artikel: 'Keine Kohlenpreiserhöhung' (Nr. 196 vom 2. September), der gleichzeitig auch in der 'Deutschen Allgemeinen Zeitung' (Nr. 427) erschien. Er beginnt mit der Feststellung, daß der Antrag des Rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats auf Erhöhung der Steinkohlenpreise um 9 A die Tonne vom Reichshohlenrat nicht angenommen worden sei. Volkswirtschaftlich ist die Beibehaltung des bisherigen Kohlenpreises in Anbetracht der noch immer schwierigen wirtschaftlichen Gesamtsituation sehr zu begrüßen, es fragt sich nur, ob sich die jetzige Preislage auch für die nächsten Monate wird aufrecht erhalten lassen, ohne den Zechen auf die Dauer eine zu starke Belastung aufzuerlegen. Seit Mai seien die Kohlenpreise nicht gestiegen, trotzdem der Lohn pro Schicht im Juni um 7,50 A erhöht worden sei. Das bedeute eine jährliche Preisausgabe von 1,3 Milliarden Mark für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau. Es lag nahe, diese große Belastung durch eine neue Preisverhöhung auszugleichen. Zunächst sollte jedoch auf anderem Wege ein Ausgleich gefunden werden, und zwar durch eine bedeutende Verringerung der Selbstkosten, die durch eine gleichmäßigere Verteilung der Überarbeit auf die einzelnen Arbeitstage erreicht werden sollte. Man verspricht sich nämlich in Zechenbesitzkreisen dadurch eine Herabsetzung des Kohlenselfstverbrauchs der Zechen von ungefähr 16 Millionen Tonnen jährlich. Was eine derartige Ersparnis für die deutsche Volkswirtschaft und die Eisenbahn bedeutet, erhebt ohne weiteres daraus, wenn man bedenkt, daß das Kohlenabkommen von Spa bis auf weiteres eine jährliche Leistung von 24 Millionen Tonnen von uns fordert. Leider haben sich die Arbeiter nicht dazu verstanden, auf diese Vorschläge, die sicherlich auch im wohlverstandenen Interesse unserer Wirtschaft liegen, einzugehen.

Begriffe

Von G. Sätze.

(Fortsetzung)

Warum wollen wir sozialisieren?

Der Zweck der kapitalistischen Unternehmung ist der maximale Profit, nicht die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse der Menschen. Jeder Unternehmer wird sofort seinen Betrieb schließen, wenn er zu der Überzeugung gelangt ist, daß kein oder nur ungenügender Profit zu erzielen ist.

Der Profit wird nun nicht etwa aufgeschwemmt, soweit er nicht zum Unterhalt des Kapitals notwendig ist, sondern er wird zu Kapital gemacht, d. h. in den Produktionsprozeß geworfen. Um die Ertragskraft des Profites wird die vorhandene Kapitalsumme vermehrt. Des Erfolges ist gesteigerte Produktion, welche wiederum in den Produktionsprozeß geworfen wird und erneut als größere Profitsumme in die Hand des Kapitalisten zurückkehrt. Dieser hat immer wiederholende Kreislauf: Kapital = Produkt (Ware) = Kapital plus Profit bedeutet eine gewaltige Steigerung der Produktivität durch Vergrößerung der Fabrik, Vermehrung und Verbesserung der Maschinen usw. So folgt mit abnehmender Notwendigkeit aus der kapitalistischen Produktion die Industrialisierung.

Kapitalistische Produktion ist Klassenproduktion. Während der handwerkliche Betrieb ursprünglich auf Befriedigung arbeitet, paßt der moderne Betrieb seine Produkte nach dem Bedarf des Marktes an. Ein zahlloses Heer von Konsumenten, unterstützt durch alle Mittel der Reklame, ist ständig beschäftigt, dem aufsteigenden Strom der Warenherstellung den notwendigen Absatz zu sichern. Da das eigene Volk nicht alles kaufen kann, muß der Hersteller auf den Weltmarkt. Neue Absatzgebiete müssen entdeckt, erschlossen oder 'gepadet' werden.

Was ist der rechte Kaufmann? Kaufmann ist, wer es ist, der Vertreter vieler anderer kapitalistischer Firmen und nicht nur Konsument. Aus allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise sind

die Konsumente auf dem Weltmarkt, um sich gegenseitig den Rang abzulaufen. Da finden wir neben dem Deutschen den Engländer, Franzosen, Belgier, Italiener, Österreicher, Amerikaner, Japaner usw., alle in gleicher Weise bemüht, aber auch gekämpft durch ihre Regierungen und ihre Vertreter (Konsuln, Schandte) gegen etwaige 'Übergriffe' der 'anderen'. So entsteht der Kampf um 'Interessengebiete', Kolonien, 'Hoheitsgebiete', welcher in letzter Konsequenz zum Kampf mit den Massen aller aufgeführt hat (Weltkrieg) und führen wird.

Befolgen wir unseren Kaufmann auf dem Weltmarkt weiter. Er soll und muß für Aufträge sorgen, wenn er nicht seiner Stelle verdrängt gehen will. Darum raff er von Stadt zu Stadt, von Land zu Land und durch alle Weltreise. Dennoch muß er eines Tages nach Hause zurückkehren. Es sind keine Ordres mehr heranzubringen. Der Markt ist nicht mehr aufnahmefähig. Die Großhändler haben ihre Lager gefüllt und die Kleinändler können auch nichts mehr verkaufen. Aber zu Hause sitzen die Maschinen weiter und leisten fertige Waren in das Fabriklager. Der Unternehmer spannt seinen Kredit ab an in der Hoffnung baldiger Besserung. Seine Hoffnung ist trügerisch, das Lager wächst beängstigend, Bestellungen gehen nicht mehr ein, die Banken wollen nicht mehr kreditieren. Sept. entlastet er die Arbeiter. Warum? Es ist zu viel produziert.

Ein Beispiel möge die Schilderung noch besser veranschaulichen. Eine Schuhfabrik hat ihre Reihenfolge drängen. Ihnen geht es, wie allen geht. Die Schuhmacher und Schuhhändler sind glücklich. Neue Bestellungen sind nicht anzunehmen. In der Fabrik schweben die Lager an. Der Unternehmer hat keine Mittel mehr zum weiteren Einkauf von Rohmaterial und zur Entlohnung der Arbeiter. Die Kunden können nicht mehr und die Entlohnung der Arbeiter ist die naturgesetzliche Folge. Derselbe Schuhmacher, der Tag für Tag jahrelang, jahrelang langende, Hundstunnenende von Schuhen hergestellt hat, gerät infolge der Arbeitslosigkeit in das tiefste Elend; er kann sich keine Schuhe kaufen, weil es gar keine Schuhe gibt. Diese Krise, die der kapitalistischen Überproduktion nennen wir Krise. Solche Zeit ist nicht nur kritisch für die Arbeiter, sondern

auch für die Unternehmer, welche nicht über die nötigen Kapitalmengen verfügen, um durchhalten zu können. In Krisenzeiten gehen zahllose kleine und mittlere Existenzen unter, während ihre Produktionsmittel von den 'Großen' übernommen werden.

Die Ursache dieses ungeheuerlichen Widerspruches besteht eben darin, daß der Zweck unserer heutigen Produktion der Profit ist. Jeder Unternehmer ist bei Strafe des Unterganges verpflichtet, seine Produktion zu steigern, wenn er nicht von seinen Klassenossen an die Wand gedrückt werden will. Deshalb müssen die Krisen immer neu entstehen. Die Produktionskräfte rebellieren gegen die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse. Eine Änderung kann erst eintreten, wenn alleiniger Zweck der Produktion die Befriedigung des Bedarfs der Menschen geworden ist. Dieses ist aber nur möglich, wenn das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit das Profitstreben der Kapitalisten beseitigt wird.

Wir wollen und müssen sozialisieren, weil nur durch die Ver gesellschaftlichung der Produktionsmittel die Wirtschaftskrisen mit ihren Begleiterscheinungen (Arbeitslosigkeit, allgemeine Verelendung) und Krise, sowie alle aus den gegenwärtigen gesellschaftlichen Zuständen resultierenden Schäden beseitigt werden können.

Wenn in unseren Kollegenreisen von Sozialisierung gesprochen wird so wird in der Regel nur an die Industrie und den Bergbau gedacht. Doch die Aufgabe ist viel größer. Einige Striche mögen das Bild in seinen Umrißen andeuten:

Die Nahrungsmittelproduktion muß unbedingt gemeinwirtschaftlich erfolgen. Die großen landwirtschaftlichen Besitztümer werden heute von den Landarbeitern, an deren Spitze Inspektoren stehen, bewirtschaftet, während der Herr von Hienplich irgendwo seinen 'gesellschaftlichen Pflichten' nachgeht. Dieser Großgrundbesitzer ist ebenso schädlich, wie der Aktionär, welcher 'seinen' Betrieb nie zu sehen bekommt. Die Ver gesellschaftlichung der landwirtschaftlichen Betriebe bedeutet nicht etwa Ver züchtung der Großbetriebe, sondern Fortführung derselben nach denselben technischen und Rationalitätsgrundsätzen, wie oben für die Industrie entwickelt.

Nachdem so mit Argumenten, die teilweise wörtlich einer Erklärung der Besenbesitzer entnommen sind (vergl. „Der Arbeiter“ vom 1. September), die Bergarbeiter, die lediglich für die Aufrechterhaltung ihrer seit Monaten gültigen Arbeitslohn- und Arbeitszeitbedingungen eintreten, als Störenfriede, die Unternehmern aber, die zu ihren eigenen Gunsten von den Arbeitern neue Opfer ohne Entschädigung forderten, geradezu als gemeinnützig geschildert sind, bringt der Artikel — um sich einen offiziellen Anspruchs zu geben — am Schluss den Satz, der sich seit drei Jahren in allen amtlichen Auslassungen zur Kohlenfrage findet: „Man darf überzeugt sein, daß die Regierung alles tun wird, um die Ernährung des Bergarbeiters auf das unbedingt zu fordernde Maß zu verbessern.“

Gezeichnet ist der Artikel: Hg. Das kann Kriegsgewinnler, kann jedoch auch Kohlenrattegeschäftsführer oder sonst etwas heißen. Aber wer auch immer der halbannonyme Halboffizielle sein mag, die möglichst Kohlenlieferungen an die Entente gegenüberstellen. Handelte es sich nur um einen der bei den Jüngern von Stinnes üblichen Rechenfehler, man wäre versucht, ihn mit einem Wortspiel abzutun. (Wenn man sich 16 Millionen Tonnen verspricht, dann verspricht man sich; verspricht man sich aber nicht, dann verspricht man sich 1,6 Millionen Tonnen, und auch dann verspricht man sich noch zu viel.) Aber es ist eben nicht nur sehr töricht, sondern zugleich sehr gefährlich, der Welt in amtlich frisiertem Zeitungen zu verkünden, daß, wenn die Ruhrbergarbeiter bereit wären, Dienstags und Freitags zwei Stunden weniger und dafür Montags, Mittwochs und Donnerstags anderthalb Stunden länger zu arbeiten, wir unserer Volkswirtschaft ein Mehr an Kohlen zuführen könnten, das nicht viel geringer ist als unsere Lieferungen an die Entente. Man darf das selbst dann nicht tun, wenn man glaubt, dadurch den einen oder den anderen Leser für den Standpunkt der Bergbesitzer einzunehmen zu können. Tatsächlich beträgt der ganze Kohlenverbrauch der Ruhrbezirke noch keine 16 Millionen Tonnen jährlich und die Werte wären sicherlich sehr zufrieden, wenn sie „durch eine gleichmäßigere Verteilung der Überarbeit auf die einzelnen Arbeitstage“ 1 Million Tonnen jährlich ersparen würden.

Was meinen nun die Besenbesitzer und ihre Presse, wenn sie von einer „jährlichen Mehrausgabe von 1,3 Milliarden Mark für den rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau“ sprechen? Sie wollen offenbar damit sagen, daß die Werke infolge der Lohnhöhungen jetzt monatlich 110 Millionen Mark weniger verdienen als einst im Mai. Die Zahl selbst dürfte etwas zu hoch gegriffen sein. Aber auch wenn es sich nur um einen monatlichen Verdienstrückgang von 90 bis 100 Millionen Mark handeln würde, wäre das in der Tat eine erhebliche Einbuße. „Es fragt sich nur“, um mit Hg. zu sprechen, ob das „auf die Dauer eine so starke Belastung“ wäre und ob das, wie die Besenbesitzer auch diesmal wieder verkünden, die technische Leistungsfähigkeit des Bergbaues ernstlich gefährdet. Um dies beurteilen zu können, muß man sich daran erinnern, daß der Unternehmergewinn im Ruhrkohlenbergbau im Frühjahr 1920, vor den Lohnhöhungen, monatlich mindestens 250 Millionen Mark betrug. Nun bin ich zwar wegen dieser Schätzung in der Besenpresse zunächst sehr lebhaft angegriffen worden, aber ein vor zwei Monaten veröffentlichter Aufsatz, in dem ich nochmals mit neuem Zahlenstoff den Beweis für die Richtigkeit meiner Angaben erbracht, hat meines Wissens keinen Widerspruch gefunden. Es geht da wie im Fall Dalmier. Solange eine öffentliche Kritik der gewaltigen Kriegsgewinne dieser Firma zu einem Preisabbaue in der Kriegsbücherei hätte führen können, wurden sie in der Unternehmerpresse abgefrachten. Heute, wo die Erregung in der Arbeiterpresse über die erst jetzt in ihrer ganzen Höhe bekannt gewordenen Dalmier-Gewinne besonders heftig ist, legt sich die Unternehmerpresse nicht mehr zur Wehr, weil diese Kriegsgewinne für die künftige Preisgestaltung ohne Bedeutung sind. Seitdem der Verdienst der Besen durch die Lohnhöhungen verringert und damit die Gefahr eines Preisabbaues vermindert ist, gibt man die Übergewinne vom Frühjahr stillschweigend zu.

Der Verdienst kann man aber immer wieder nur raten, allen Zahlenangaben der Besenbesitzer, und ihrer Presse mit dem größten Mißtrauen zu begegnen. Diese Warnung ist darum so notwendig, weil unsere Kohlenmagnaten ungeheuer verdient haben und das „geistige Strammziehen“ vor beherrschender Industrie die Urteilskraft auch unserer selbständigen Presse merklich untergraben hat. Hierfür nur ein Beispiel: Auf einem Informationsabend im Automobilklub zu Berlin äußerte sich Stinnes über den weiteren Ausfall von monatlich 900 000 Tonnen Kohlen durch Erhöhung unserer Lieferungen an die Entente auf 2 Milliarden Tonnen: „Wenn ich annehme, daß eine Tonne Kohlen im neutralen Ausland etwa 1200 M Wert hat und die aus ihr produzierte Ware durchschnittlich das Zweifelhafte, wenn ich also annehme, daß durch den Ausfall von 900 000 Tonnen Kohlen ein Warenausfall von 3000 M x 900 000 entsteht, so bedeutet das für uns einen monatlichen Warenausfall von 2,7 Milliarden, also ungefähr die Hälfte unserer gegenwärtigen Ausfuhr, die sich, nachdem das Kohlenabkommen getroffen war, dank der Mehrförderung seit Februar bis Mai d. J. auf 4,5 bis 5,5 Milliarden monatlich gestellt hat.“ Eine mit Recht angelegene Wochenschrift druckt nun diese Berechnung ab und bemerkt dazu: „Die wirtschaftlichen Wirkungen der Ablieferung von zwei Millionen Tonnen Steinkohlen monatlich hat der Sachverständige Hugo Stinnes mit einer Fachkenntnis und Präzision dargestellt, deren Überlegenheit selbst seine erbittertesten Gegner nicht zu bestreiten wagen. Und dabei handelte es sich hier doch nur um eine für durchsichtige Zwecke improvisierte Zahlenspielerei. Denn was hat der Kohlenpreis im neutralen Ausland mit dem Wert unserer Warenproduktion zu tun? Wahrscheinlich ist doch der von unseren Weiterverarbeitern gezahlte Kohlenpreis (200 bis 300 M) und, soweit Ausfuhrgegenstände in Frage kommen, etwa noch der von unseren Konkurrenten, d. h. den englischen und den amerikanischen Weiterverarbeitern gezahlte Kohlenpreis (150 bis 400 M, der durchschnittliche Verkaufspreis von 650 amerikanischen Kohlenzechen betrug nach „Times“ Nr. Suppl.“ vom 28. August nur 3,31 Dollars die Tonne). Und wenn unsere Ausfuhr, die 1919 im Monatsdurchschnitt etwa

1 Milliarde wert war, sich seit Februar bis Mai d. J. auf 4,5 bis 5,5 Milliarden monatlich gestellt hat, so geschah dies nicht dank der Mehrförderung an Kohle, sondern, wie jedes Kind weiß, dank der Verschlechterung unserer Wälua, mit deren Verbesserung ja denn auch die Ausfuhr wieder sank. Daß Stinnes selber seine Berechnung ernst genommen hat, möchte ich daher erst glauben, wenn er behaupten würde, daß wir bei einem Verzicht der Entente auf die Kohlenlieferungen eine monatliche Mehrproduktion an Waren in Höhe von 3000 M x 2 000 000 = 6 Milliarden Mark haben würden.

Erwerbslosen „Fürsorge“

Die Fürsorge der Regierung für die Notstandsarbeiter geht aus folgender Verfügung des Regierungspräsidenten hervor:

Der Regierungspräsident. S. F. II. 2180.
Meine Verfügung vom 12. August 1920 S. F. II. 1386, Abschn. II, hebt ausdrücklich hervor, daß bei allen Notstandsarbeiten, gleichviel, ob sie in Gemeinde- oder Unternehmerrategie ausgeführt werden, eine bestimmte Tagesleistung gefordert wird, welche das städtische Bauamt festzusetzen hat. Solange diese Tagesleistung nicht erreicht wird, darf der tarifmäßige Lohn unter keinen Umständen gezahlt werden, da öffentliche Mittel nicht als Prämien für Nichtstun verwendet werden können. Lehnt ein Erwerbsloser eine ihm angebotene Notstandsarbeit deshalb ab, weil er zunächst noch nicht den vollen Tariflohn erhält, dann ist ihm, wenn im übrigen die Voraussetzungen des § 8 der Reichsverordnung vom 26. Januar 1920 (R. V. S. 98 ff.) erfüllt sind, die Erwerbslosenunterstützung sofort zu entziehen. Ich sehe es als selbstverständlich an, daß die zu fordernde Tagesleistung von Fall zu Fall unter Berücksichtigung der bisherigen Tätigkeit des Notstandsarbeiters und so festgesetzt wird, daß gearbeitet werden muß. In allen Fällen, in welchen die Notstandsarbeiter die ihnen gestellten Tagesleistungen absichtlich nicht erfüllen, sind die Arbeiten von der Stadt oder Gemeinde sofort einzustellen. In letzterem Falle ist Erwerbslosenunterstützung dann weiter zu zahlen. Bei dem in Privatbetriebe vermittelten Erwerbslosen ist lediglich zu prüfen, ob er einen angemessenen ortsüblichen Lohn erhält. Ich ersuche, hiernach streng zu verfahren und mich in Zweifelsfällen oder Streitigkeiten stets sofort zu berichten.

Zu beachten ist an dieser Verfügung, daß den Notstandsarbeitern nicht der tarifmäßige Lohn ausbezahlt werden darf, wenn dieselben nicht die vom Bauamt festgesetzten Tagesleistungen erreichen. Da diese Notstandsarbeiter früher ganz andere Arbeiten verrichtet haben, ist es gar nicht möglich, von ihnen sofort eine bestimmte Tagesleistung zu fordern, zumal die Meinungen über diese Tagesleistungen sehr weit auseinandergehen. Für die Schäden der kapitalistischen Produktionsweise wird der Arbeitslose bestraft. Ihm wird einfach eine Arbeit zugewiesen, kann er nicht sofort das von dem Unternehmer verlangte Pensum wegstoßen, dann ist er ein fauler Nichtstuer, dem man mit Stockschlägen auf den Rücken die Arbeitsfreudigkeit erhöhen wird. Weiter geht's wahrlich nicht mehr. Lehrend ist folgender Fall: Hier wurde die Hochstraße ausgebaut und es waren 1300 bis 1400 Kubilmeter Erdmasse zu bewegen. Das niedrige Angebot vom Privatunternehmer betrug rund 74 000 M. Diese Arbeiten wurden aber in eigener Regie ausgeführt. Die Arbeiten sind nunmehr beendet und es ist zu verzeichnen, daß die Stadt durch diese Arbeiten in eigener Regie und mit Notstandsarbeitern 24 000 M erspart hat. Selbst dann kommen noch 17 000 M in Frage, wenn man die erhöhten Abfuhrkosten für die Erdmassen in Anrechnung bringt, die der Privatunternehmer eingekauft hatte. Eine Frage an die Regierung: Erhalten diese 17 000 resp. 24 000 M die Notstandsarbeiter? Wir denken nein, aber ebenfals müssen die Notstandsarbeiter den tarifmäßigen Lohn erhalten, wenn sie ohne ihr Verschulden die Tagesleistung nicht erreichen. Ja, man geht noch weiter und droht dem Notstandsarbeiter, wenn er nicht unter dem Tariflohn arbeiten will, mit der Entziehung der Erwerbslosenunterstützung. Eine betrieblige Fürsorge für die Erwerbslosen durch die Regierung muß entschieden abgelehnt werden. Die Verfügung verrät den reaktionären Geist, wie er eben heute in der Regierung voll vorhanden ist. Robert Freitag (Selbert).

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 7. Nov. ist der 46. Wochenbeitrag für die Zeit vom 7. bis 13. November 1920 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Verbandsstelle:			Beginn der Beitragszahlung
	I	II	III	
Altwaßer	180	80	50	49. Beitragswoche.
Geseleiterschen	180	—	—	47. „
Rönnigke	180	80	50	45. „
Martinlamis	20	10	—	45. „

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:
Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen ergebene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:
Der ? Willi Rittsche, geb am 14. Januar 1888 zu ?, Mitgliedsbuch Nr. 8 142 101, wegen Unterschlagung.

leistung, fordern lediglich nach dem Geldbesitz „verteilt“ werden. Die Sozialisierung des Konsums hat zur Folge: 1. die Ueberführung zahlreicher Arbeitskräfte aus der unproduktiven Tätigkeit des Handels in die der Produktion; 2. die Verteilung der vorhandenen Gebrauchsgüter nach Maßgabe der Arbeitsleistung des einzelnen für die Gesellschaft und nach der Menge der vorhandenen Gebrauchsgüter; 3. eine etwaige Ueberproduktion bedeutet keine Verwerdung der Arbeiter, sondern die Möglichkeit gesteigerten Verbrauchs, größeren Wohlstand.

Die heutigen Klassenunterschiede werden den Kindern bereits in den Schulen ins Herz und Hirn gepflanzt, so daß diese Unterschiede als etwas selbstverständliches betrachtet werden. Die ganzen Erziehungsanstalten tragen den Stempel der Klassencheidung. Bildung, Kunst, Literatur sind mit Geld zu erwerben. Wir brauchen dieses Kapital nur anzudeuten, um dahin verstanden zu werden, daß die Sozialisierung des Geistes, wie ein neues Wort heißt, ebenfalls unabdingbares Erfordernis einer neuen Zeit sein muß. Diese bewußte Einstellung unseres ganzen geistigen Lebens auf die sozialisierte Gesellschaft ist letzten Endes Wirkung und Bewußtsein einer Sozialisierung der Produktionsmittel.

Wir haben versucht, in großen Zügen ein Bild der Sozialisierung anzudeuten. Mit der Vergegenständlichung der Produktionsmittel ist die Aufgabe der Arbeiterschaft noch nicht erschöpft, sondern in der Folge bedeutet dies eine vollständige Umgestaltung unseres gesellschaftlichen Lebens. Eine Aufgabe von gigantischer Größe hat uns die Geschichte gestellt.

Sozialismus nennen wir eine gesellschaftliche Ordnung, in welcher die Gütererzeugung auf dem Gemeineigentum an Produktionsmitteln beruht; die Güterverteilung durch die Allgemeinheit geregelt wird; der ganze politische, rechtliche, moralische, kulturelle Unterbau dieser gemeinwirtschaftlichen Grundanlage entspricht.

(Fortsetzung folgt.)

- Offentlich gerichtet wird:**
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle Solingen:
Der Former Karl Müller, geb. am 8. Oktober 1886 zu Mettmann, Mitgliedsbuch Nr. 1,488 044, wegen Nichterhalten von Beschlüssen der Branchenversammlung.
 - Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bremen:
Der Maschinenschlosser Otto Polz Müller, geb. am 26. Mai 1884 zu Verbst, Mitgliedsbuch Nr. 2,888 693, wegen Betrug und Unterschlagung.
 - Auf Antrag der Verwaltungsstelle Elsterwerda:
Der Metallarbeiter Walter Schwind, geb. am 6. April 1887 zu Cottendorf, Mitgliedsbuch Nr. 825 874, wegen Markenschwindel.
 - Auf Antrag der Verwaltungsstelle Köln a. Rh.:
Der Drahtzieher Friedrich Flamme, geb. am 17. Juli 1888 zu Nülheim a. Rh., Mitgliedsbuch Nr. 2,095 510, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.
 - Auf Antrag der Verwaltungsstelle Lübeck:
Der Metallarbeiter Georg Kehler, geb. am 11. April 1876 zu Vohr a. Main, Mitgliedsbuch Nr. 3,758 244, wegen Unterschlagung.
 - Auf Antrag der Verwaltungsstelle Trier:
Der Bergmann Anton Scheid, geb. am 21. Februar 1897 zu Idenheim, Mitgliedskarte Nr. 238 719, wegen Unterschlagung von Verbandsgebern.
- Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:**
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle Jena:
Der Dreher Alfred Bedekind, geb. am 21. März 1888 zu Erfurt, Mitgliedsbuch Nr. 818 127, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.
- Gestohlen wurde:**
- Mitgliedsbuch Nr. 870 891, lautend auf den Kranführer Joh. Josef Voigt, geb. am 22. Januar 1872 zu Rülstedt. (Vegeud.)
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 30. September 1920 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgebühren.

- Bonn 562,60 M. Aalen 18 000. Achern 500. Aiden 8000.
- Ahlborn 2100. Alfeld 10 000. Altena 40 000. Altenburg 25 000.
- Alt-Sarke 1500. Altdorf 1500. Altwasser 35 000. Alzheim 45 000.
- Anklam 6000. Ansbach 7000. Apolda 6500. Arnstadt 10 000.
- Astern 8000. Aschaffenburg 697,30. Aischersleben 41 500. Augsburg 80 526,30. Barmen-Elberfeld 50 000. Barth a. O. 800. Bautzen 19 000. Bayreuth a. Rh. 10 000. Bergedorf b. S. 11 000. Berka 3000.
- Berlin 9365,85. Bernburg 40 000. Beydorf (Sieg) 1000. Beuthen 603,70. Biberach (Nrh.) 3000. Bielefeld 80 000. Bischofsburg 600.
- Bitterfeld 45 000. Blankenburg a. S. 2000. Bochum 180 000. Bodnitz 22 000. Bonn 52 000. Brandenburg 80 772,20. Braubach 6000.
- Braunschweig 100 000. Bremen 140 000. Bremerhaven 20 000.
- Breslau 121 233,50. Brunsbüttelhofen 700. Burg b. Magdeburg 9000.
- Burgdorf 500. Burglitz 8000. Buttlarf 900. Chemnitz 100 000. Clausthal 3500. Euzhausen 3000. Demmin 1500. Deresburg 1419,60. Dessau 38 000. Deutsch-Rrone 44,35. Döbeln 10 000.
- Dorfsten 2500. Dorimund 80 019. Dresden 867. Düsseldorf 400 587,80.
- Duisburg 420 000. Ebersbach i. Sa. 2000. Eberstadt 2000. Eberswalde 63 000. Ebingen 12 000. Eilenburg 3700. Einbeck 4000.
- Eisenwaren-Nordham 20 000. Eisenach 50 000. Eisingen 90 000.
- Eimsborn 5000. Elsterwerda 10 000. Emden 10 000. Erfurt 43 964,70. Schweige 450. Essen 220 538,90. Finsterwalde 13 000.
- Fleßburg 36 000. Franzenberg i. Sa. 2000. Frankenthal 50 000.
- Franfurt a. M. 369 095,40. Freiberg i. Sa. 25 000. Freiburg i. Br. 18 000.
- Freiburg i. Schl. 4500. Friedenthal 13 000. Friedland 1700.
- Friedrichthal 1000. Furthungen 10 000. Geisenheim 8000.
- Gelshain 1000. Gelsenkirchen 30 000. Georgensgmünd 800. Gera 5000.
- Gebelsberg 50 000. Gießen 10 000. Glash 1000. Glauchau 3000.
- Glogau 2000. Gmund 8000. Gnadenfrei 130. Göttingen 35 000.
- Görlitz 30 000. Goslar 2000. Göttingen 7000. Göttingen 10 000.
- Götha 25 000. Greifswald 2500. Greiz 8000. Grimmen 1000.
- Groß-Räfen 3000. Grünberg 20 000. Guben 10 000.
- Gummerbach 20 000. Gützkow 3000. Gütersloh 5000. Hagau i. B. 80 000.
- Haiger 5000. Halberstadt 5000. Halle a. S. 150 000. Hainburg 250 000.
- Hamelun 10 000. Hamm a. Sieg 6000. Hamm i. B. 25 000.
- Hannover-Linden 1924,25. Harburg a. E. 47 000. Harzgerode 10 000.
- Hattingen 24 000. Hausham 2000. Heide (Soll.) 600. Heidenheim 15 000.
- Heilbronn 30 000. Heilmstedt 10 000. Herborn 4000.
- Herford 4000. Herne 30 000. Hildesheim 20 000. Hirschberg 13 000.
- Höchst a. Rh. 38 000. Hofenimburg 40 000. Höhr-Westerw.-Grengb. 500.
- Holzminde 1000. Hönningen 3300. Hörde i. W. 140 000.
- Hymenau 3000. Ingolstadt 25 000. Iserlohn 80 000. Jöhche 2000.
- Jarmen 1500. Jena 24 000. Jüterbog 6000. Kapla 1000.
- Kaiserslautern 40 000. Kalbe a. S. 1400. Kamenz 2087,65. Karlsruhe i. B. 100 000.
- Kassel 80 000. Kaspitz 1500. Kaufbeuren 1300. Keilberg 5200.
- Kempten 3000. Keula 5000. Kirchen (Sieg) 2000. Koburg 4000.
- Köln a. Rh. 350 000. Königsberg 45 000. Königshuld 2650.
- Königsbrunn 40 000. Konitz 3000. Korbach 2000. Krefeld 1000.
- Köslin 5000. Koswig 2000. Köthen 8000. Kottbus 1000.
- Köthen 4000. Krefeld 75 000. Kücklin 1500. Laasphe 1500.
- Lahnstein 20 000. Landsberg a. Lech 500. Landsberg a. W. 10 000.
- Landsbut 2000. Langenbielau 2000. Lauenburg 1000. Lauf 2500.
- Lauterbach 3000. Lauterbach 4900. Lautenthal 1000. Lauterberg 3000.
- Leer 6000. Leipzig 100 000. Leisnig 2000. Lerbach 2500.
- Lichtenstein-Kallenberg 2447,60. Liegnitz 6000. Limbach 5000.
- Limbach (Sach.) 5000. Lippelne 1000. Lippstadt 3000. Lötzingen 1000.
- Lörrach 7000. Lollar 2000. Ludwigshafen 120 000. Lübeck 15 000.
- Lüdenscheid 40 000. Lüneburg 4000. Magdeburg 140 000. Mainz 50 000.
- Malmsiefen 19 300. Mannheim 235 000. Marburg 1300. Martramsdorf 9000.
- Martramsdorf 3000. Martinlamis 5000. Marzahn 2200.
- Remmigen 1000. Merseburg 1000. Mettmann 10 000. Merzig 4000.
- Meuselwitz 30 000. Meuselwitz 1000. Minden 11 000.
- Mittweida 9000. Mühlhausen (S.) 10 000. Mühlthof 5000. Mühlheim (Ruhr) 40 000.
- München 592. Münster i. B. 8000. Münsterberg 500.
- Neub. 1518,50. Reichen-Gülden 15 000. Reichenberg 8000.
- Neugersdorf 10 000. Reumarkt i. Schl. 1000. Reumünster 12 000.
- Neurose 5000. Neuzsch (Ober) 9000. Neustadt (Orla) 2000. Neustädt 2000.
- Reumied 10 000. Riebersfeld 5000. Reußen 4000. Rowawes-Flotzbam 50 000.
- Rürnberg 1311,80. Rürtingen 1000. Oberhausen 40 000.
- Oberndorf a. R. 6000. O. S. 1000. Offenbach a. R. 120 000.
- Offenburg 700. Ogersheim 10 000. Oßershausen-Engelsfeld 5000.
- Opladen 50 000. Oranienburg 10 000. Oshach 1500. Ostabrad 100 000.
- Osthalb-Scharmbel 4000. Ostrode (Schr.) 3000.
- Pafewall 1000. Pegnitz 3000. Peine 40 000. Peggau 2112,35.
- Pergitz 1000. Pforzheim 45 000. Pfronten 1200. Pflungstadt 1300.
- Pillnau 500. Pinneberg 1000. Plauen 70 000. Plethenberg 20 000.
- Prenzlau 5000. Prinsenaun 1500. Pritz 1200. Quidhorn 800.
- Raguhn 4000. Ralbenau 20 000. Radibor 5000. Regenwalde 2400.
- Rehau 1000. Reichenbach i. Schl. 800. Reichenbach 800. Reichenfeld 211 053,50.
- Rendburg 20 000. Reife 50 000. Reichitz 500. Reichenstein 18 000.
- Röslau 3000. Rogleben 1600. Rohwein 4000. Roßdorf 40 000.
- Rübeland 4500. Rühlshof 1500. Saalfeld 10 000. Saarau 2000.
- Saigebel 1500. Sangerhausen 15 000. St. Georgen 10 000. Sebnitz 800.
- Seehausen 1500. Seiffenberg 21 000. Seisburg 900. Siegen (Weil.) 40 000.
- Siegen-Nabbel 24 500. Solingen 50 000. Sondershausen 3000.
- Sonthofen 2000. Sorau 1200. Spremberg 2300.
- Steinmünde 2000. Sülzen 3000. Sülzow 800. Schmalhalden 25 000.
- Schneeberg 7000. Schmida 4000. Schneidemühl 1500.
- Schneeberg 12 000. Schöndorf 10 000. Schramberg 5 000.

In den großstädtischen Mietskasernen wohnen 12, 14, 16 und noch mehr Familien. In jeder Familienwohnung ist eine Küche. Jede Frau muß zum Bäcker, Metzger, Milchhändler, Krämer, Kohlenhändler usw. und in stundenlanger Lauferei ist es gelungen, durch zahllose Geschäfte die vorhandenen Lebensmittel und dergl. in noch zahllosere Kochtöpfe zc. zu verteilen. Jede Familie hat ihren Wäschtag mit all den wenig angenehmen Begleiterscheinungen. Welch eine wahnsinnige Verschwendung! Wann bekommt die Frau ihren Wochentag? Die Hausarbeiten müssen aus ihrer Isolierung heraus. Ein großer Teil dieser Arbeiten muß in sozialistischen Anstalten in Zukunft geleistet werden. — Gewiß werden wir hier den größten Widerstand zu überwinden haben und nicht zuletzt den der Frauen. Aber erst die „Sozialisierung des Haushalts“ bedeutet die Menschwerdung der Frau.

Wir gehen in den Straßen an Tausenden von Geschäften vorbei mit ihrem luxuriösen Aufwand an Dekorationen, Kellame usw., welche unerhörte Werte verschlingen. Ruß das so sein? In der kapitalistischen Gesellschaft, deren Streben der Profit und nicht die Befriedigung des Volkes ist, geht es nicht anders. Nur diejenigen können Bedarf und Wünsche befriedigen, welche über die nötigen Mittel verfügen und die Geschäfte suchen die Käufer anzulocken durch immer größeren Aufwand einer raffinierten Kellame. Die Zusammenlegung der Geschäfte zu großen Verteilungsstellen von Gebrauchsgütern würde sehr viele Arbeitskräfte frei machen zu wirklich produktiver Arbeit und gleichzeitig eine gewaltige Ersparnis wirtschaftlicher Werte bedeuten.

Die Verteilung an Gebrauchsgütern erfolgt heute vermittels des Kaufes. Der Geldbesitz des einzelnen entscheidet den Anteil an den vorhandenen Gütern. Nicht die Leistung des einzelnen für die Gesamtheit ist maßgebend für den Anteil an den Gütern. Es entspricht nur der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wenn die Konsumtionsmittel ohne Berücksichtigung der gesellschaftlichen Arbeits-



Siebente Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In der am 4. Oktober abgehaltenen Sitzung des Bundesauschusses...

Als zweiter Punkt stand die Wahl der Delegierten zum internationalen Gewerkschaftskongress...

Eine lebhafte Aussprache entspann sich beim dritten Punkt der Tagesordnung...

Sprechstunden des Betriebsrates.

Der Frankfurter Schlichtungsausschuss hat, nachdem die Firma...

Eingegangene Schriften

Dr. J. J. J. Die Soziologie des Volkswissens. Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin, 32 Seiten...

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachung. Die Telefon-Nummer ist ab 1. Januar 1921 Nr. 1850.

Sonstige Anzeigen

Maschinenbauer für große Kaminöfen oder Schnellläufer gesucht. Monteur für Linotype-Setzmaschinen.

Den verheirateten Handwerkern und Arbeitern wird außerdem ein Kindergeld von 1 M pro Kind und Tag gewährt.

Rathenow. Die allgemeine Wirtschaftskrise, die auch unsere in der Hauptsache optische Industrie...

Die Wirtschaftskrise ja auch in der Zahl der Kurzarbeiter zum Ausdruck kommt. Eine Umfrage unsererseits...

Arbeitsführende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist...

Berichte

Metallarbeiter.

Gelsenkirchen. Am 27. September kam der Tarifvertrag mit der Schloßerinnung, der am 30. Juni abgeschlossen war...

Schweinfurt. Hier ist ein Streik der Metallarbeiter ausgetreten, der größeren Umfang angenommen hat.

Schweinfurt. Hier ist ein Streik der Metallarbeiter ausgetreten, der größeren Umfang angenommen hat.

Schweinfurt. Hier ist ein Streik der Metallarbeiter ausgetreten, der größeren Umfang angenommen hat.

Zur Beachtung! - Zugug ist ferngehalten:

- von Formern und Blechbearbeitern nach Ehlingen (Ehlinger Maschinenfabrik) W.; nach Neuß bei Düsseldorf (Rhein-Westf. Eisenwerke) St.;

Die Mittelungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen...

Berichte